

Buchbesprechung: Michael Zürn, Christian Joerges (Hg.): Law and governance in postnational Europe

Slominski, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Slominski, P. (2008). Buchbesprechung: Michael Zürn, Christian Joerges (Hg.): Law and governance in postnational Europe. [Rezension des Buches *Law and governance in postnational Europe: compliance beyond the Nation-State*, von M. Zürn, & C. Joerges]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(1), 125-127. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281515>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Jens Beckert/Bernhard Ebbinghaus/Anke Hassel/Philip Manow (Hg.)

TRANSFORMATIONEN DES KAPITALISMUS. Festschrift für Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag. Frankfurt a.M./New York 2006, Campus Verlag, 465 S., 29,90 EUR.

Wolfgang Streeck, dem diese Festschrift anlässlich seines 60. Geburtstages zugeeignet ist, hat sich in seinem Forscherleben mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Themen beschäftigt. Dem versuchen die HerausgeberInnen gerecht zu werden, indem sie die Beiträge vier Rubriken zugeordnet haben: „Der Wandel des deutschen Korporatismus“, „Kapitalismusmodelle im Vergleich“, „Internationalisierung und Europäisierung“ sowie „Institutioneller Wandel“. Auch in anderer Hinsicht kann man dem Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln ein breites Spektrum attestieren, wie zwei Zitate verdeutlichen, die Anke Hassel und Martin Höpner anführen: Im Jahr 1988 schrieb Streeck über den Neokorporatismus (in Abgrenzung zum Pluralismus), dass er „insofern ‚moderner‘ als die britische und angelsächsische Konfiguration war, als er ein reiches Repertoire neuartiger Steuerungs- und Stabilisierungsinstrumente eröffnete“. Eine Dekade später konstatierte Streeck: „Das wichtigste Instrument einer neuen Arbeitsmarktpolitik im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ist – der Markt“.

Während der einleitende Aufsatz von Hassel und Höpner eine Verbindung zwischen Streecks biographischen Daten und seinen thematischen Schwerpunkten knüpft, handelt es sich bei den übrigen Texten um inhaltliche Auseinandersetzungen mit Einzelfragen. Lane Kenworthy untersucht Deutschlands Beschäftigungsproblem in international vergleichender Perspektive. Die Idee betrieblicher Produktionsgemeinschaft in den deutschen Arbeitsbeziehungen analysiert Britta Rehder. Bernhard Ebbinghaus und Bernhard Kittel widmen sich den europäischen Sozialmodellen. Nicht nur Schüler von Streeck sind vertreten, auch bekannte WegbegleiterInnen wie Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf oder Philippe C. Schmitter. Die Bewertungen der AutorInnen überzeugen freilich nicht immer; die Skepsis gegenüber dem Markt dürfte überwiegen – ohne stets eine hinreichende Begründung zu liefern.

Anke Hassel und Christine Trampusch setzen sich mit dem Beziehungsgeflecht zwischen Parteien und Verbänden auseinander. Dabei beziehen sie ihre Ausführungen auf drei Fallbeispiele: das Bündnis für Arbeit unter der Regierung Kohl, das Bündnis für Arbeit unter der Regierung Schröder sowie die Entscheidungsprozesse in Folge der Hartz-Kommission und der Agenda 2010. Die Autorinnen vertreten die These, „dass seit Mitte der neunziger Jahre die Staat-Verbände-Beziehung durch die Dynamik des Parteienwettbewerbs und der innerparteilichen Auseinandersetzungen überlagert wird“. Die VertreterInnen der Arbeitnehmerinteressen in beiden Volksparteien hätten enorm an Einfluss verloren.

Die Stabilität und den Wandel in den verschiedenen Spielarten des Kapitalismus beleuchtet Peter A. Hall, einer der Begründer des Varieties-of-Capitalism-Ansatzes. Er differenziert zwischen liberalen Marktwirtschaften (z.B. USA, Großbritannien, Australien) und koordinierten Marktwirtschaften (u.a. Deutschland, Japan, Südkorea). Als eine mögliche Entwicklungsvariante erkennt er, „dass die koordinierten Marktwirtschaften sich anpassen, ohne sich vollständig zu liberalisieren, indem sie Reformen übernehmen, die den Charakter ihrer ökonomischen Institutionen ändern und sie auf je eigene Anpassungspfade setzen. Statt auf ein liberales Marktmodell zu konvergieren, werden sie das koordinierte Marktmodell durch institutionelle Reform ändern. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass dies das wahrscheinlichste Ergebnis der ‚Globalisierung‘ sein wird“. Ähnlich argumentiert Jens Beckert, der im Neoliberalismus einen Irrweg sieht und unter den Bedingungen der Globalisierung verbleibende Einflussmöglichkeiten für den Staat zu entdecken glaubt. Er prognostiziert als eine Option „einen grundlegenden Wandel der Sozialstaatspolitik von einer ‚Ergebnis korrigierenden Solidarität‘ durch Umverteilung hin zu dem an Input orientierten Prinzip einer ‚Chancen erweiternden Solidarität‘, die Wolfgang Streeck als ‚Wettbewerbssolidarität‘ charakterisiert hat“. Damit ginge in jedem Fall ein Mehr an sozialer Ungleichheit einher, wie der Verfasser konstatiert.

Der Vorteil des Buches, das in der Reihe „Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung“ erschienen ist, wird schnell deutlich: Die Aufsätze setzen sich tatsächlich mit den Positionen Streecks auseinander. Was für eine Festschrift eigentlich selbstverständlich sein sollte, ist längst nicht gang und gäbe. Oft erfolgt in Festschriftbeiträgen die Nennung des „Jubilar“ nur pro forma. Hier ist das anders. Das Werk Streecks zieht sich wie ein roter Faden durch den Band. Das Manko des Buches liegt ebenfalls auf der Hand: Bisweilen sind die Texte in Soziologenchinesisch oder Politologenjapanisch verfasst. Das erschwert einerseits den Zugang, fordert andererseits aber dazu heraus, den Kern inmitten des sprachlichen Brimboriums freizulegen – nicht immer zum Vorteil der AutorInnen.

Ralf Altenhof (Freiberg)
E-Mail: ralf.altenhof@gmx.de

Michael Zürn/Christian Joerges (Hg.)

LAW AND GOVERNANCE IN POSTNATIONAL EUROPE. Compliance Beyond the Nation-State. Cambridge 2005, Cambridge University Press, 297 S., 72,99 EUR.

Werden Rechtsvorschriften jenseits des Nationalstaates eingehalten? So lautet die Kernfrage, die sich drei Politikwissenschaftler (Jürgen Neyer, Dieter Wolf und Michael Zürn) sowie ein Jurist (Christian Joerges) gestellt haben. Die Autoren lassen von Anfang an keinen Zweifel daran, dass sie diese Frage nicht nur bejahen, sondern weisen

auch nach, dass das Recht auf supra- und internationaler Ebene mitunter sogar eher befolgt wird als auf nationaler. Mit dieser Auffassung stehen sie im Widerspruch zu klassischen Rechtstheoretikern wie Kelsen sowie Vertretern der realistischen Schule der internationalen Beziehungen, die die Effektivität eines Rechtssystems im Wesentlichen an das Vorhandensein einer über Zwangsmittel verfügenden Instanz knüpfen. Die Autoren des Buches weisen in mehreren Fallstudien jedoch nach, dass die Befolgung transnationaler Rechtsvorschriften weniger von der Existenz eines – außerhalb des nationalstaatlichen Kontextes ohnehin nicht existierenden – Gewaltmonopols, als vielmehr vom Vorhandensein einer entsprechenden legitim anerkannten Rechtsordnung, hinreichend bestimmter Rechtsvorschriften sowie eines effizienten rechtlichen Überwachungs- und Sanktionensystems abhängt.

Im ersten, von Michael Zürn verfassten Kapitel werden allgemeine Überlegungen zur gewählten Begrifflichkeit und zu den verwendeten theoretischen Ansätzen angestellt. Nachdem der im Zentrum des Bandes stehende Begriff der Einhaltung von Rechtsvorschriften (*compliance*) von anderen Begriffen wie Implementierung und Effektivität von Normen abgegrenzt wird (S. 8), werden vier Gründe für die Nichteinhaltung von Rechtsregeln identifiziert (bewusste Verletzung rechtlicher Vorgaben, Unklarheit der Vorschrift, Nichtakzeptanz und mangelnde Ressourcen). In einem zweiten Schritt werden diese vier Gründe aus verschiedenen „theoretischen Perspektiven“ (rationaler Institutionalismus, „legalization“, Legitimität und der auf ausreichende Ressourcen abstellende Management-Ansatz) analysiert (S. 18–30). Die Autoren räumen die Unklarheit des Begriffs der „theoretischen Perspektiven“ indirekt selbst ein, indem sie darauf hinweisen, dass es sich dabei weniger um etablierte Theorien handelt, als vielmehr um ein Variablen-Set, das Einsichten in *compliance*-Probleme von transnationalem Recht ermöglicht (S. 19).

Im zweiten Kapitel (Jürgen Neyer und Dieter Wolf) werden die von Michael Zürn diskutierten theoretischen Ansätze weiter vertieft und für die empirische Untersuchung operationalisiert (S. 47–62). Es ist das Ziel der Autoren herauszufinden, inwieweit diese einzelnen theoretischen Perspektiven unterschiedliche Niveaus von *compliance* erklären können. Untersucht wird dies – in Anlehnung an die von Theodore Lowi entwickelten Kategorien – auf jeweils zwei bzw. drei Ebenen (Deutschland, EU, WTO) anhand von drei Politikbereichen: Beihilfenkontrolle (marktschaffende Politik), Handel mit Lebensmitteln (regulative Politik) sowie Finanzausgleich zwischen territorialen Einheiten (redistributive Politik). Die Autoren stützen ihre Analyse in erster Linie auf Primärquellen (z. B. EU-Dokumente) sowie auf einschlägige Sekundärliteratur, die sie qualitativ in Bezug auf die Forschungsfrage auswerten. Das erste empirische Kapitel (Dieter Wolf), das sich mit der Untersuchung des Beihilfenrechts beschäftigt, kommt zu dem – auf den ersten Blick – unerwarteten

Ergebnis, dass die einschlägigen Normen des EU-Rechts in einem weitaus größeren Ausmaß eingehalten werden als die einschlägigen deutschen Regelungen. Sogar die Einhaltung der WTO-Vorschriften funktioniert besser als jene des deutschen Beihilfenrechts. Der Grund liegt sowohl im Vorhandensein funktionierender Überwachungs- und Sanktionsmechanismen als auch in der Bereitschaft des EuGH, seine Kompetenzen auszuüben. Auch die Einbindung privater Akteure in die Überwachungsfunktion trägt zum Erfolg transnationalen Rechts bei (93–102).

Der sich mit der Regulierung im Lebensmittelbereich beschäftigende Abschnitt Jürgen Neyers vergleicht die BSE-Krise der EU mit dem auf WTO-Ebene angesiedelten Streit um das von der EU ausgesprochene Importverbot von hormonell behandeltem Rindfleisch. Obgleich auch in dieser Fallstudie auf die Bedeutung von funktionierenden Überwachungs- und Sanktionsmechanismen hingewiesen wird, betonen die gewählten Beispiele, dass inter- und supranationale Regelungen eher eingehalten werden, wenn diese von der betroffenen Bevölkerung als legitim angesehen werden (146–148).

Interessante Ergebnisse bietet auch das ebenfalls von Jürgen Neyer verfasste Kapitel, das sich mit dem Umverteilungsregime in Deutschland (Länderfinanzausgleich) und in der EU beschäftigt. Es wird gezeigt, dass eine gemeinsame politische Identität keine notwendige Voraussetzung für eine funktionierende Umverteilung auf europäischer Ebene ist, sofern institutionelle Vorkehrungen getroffen werden, dass wesentliche Aspekte des Umverteilungsregimes regelmäßig neu zwischen den Mitgliedstaaten verhandelbar sind.

Im abschließenden Kapitel weist Christian Joerges aus einer – gerade im deutschsprachigen Raum selten anzutreffenden Rechts- und Politikwissenschaft umfassenden Perspektive unter anderem darauf hin, dass die Ergebnisse im Bereich des Beihilfenrechts nicht zuletzt auf Grund der – im Vergleich zu Deutschland und internationalen Ebene – umfangreicheren Judikatur des EuGH für Juristen weit weniger überraschend seien als für Politikwissenschaftler, die dem Recht allzu selten die gebotene Aufmerksamkeit widmen. Darüber hinaus diskutiert er grundsätzlich die Notwendigkeit, aber auch die Bedingungen einer sowohl Juristen als auch Politikwissenschaftler umfassenden interdisziplinären Forschung.

Die Ergebnisse der sehr differenziert argumentierten Fallstudien heben sich in wohlthuender Weise von jener Literatur ab, die allzu unreflektiert und pauschal ein Implementationsdefizit von EU-Vorschriften auf nationaler Ebene behauptet. Obwohl mehrere Autoren an dem Band beteiligt waren, argumentieren die einzelnen Fallstudien innerhalb eines konzeptionellen Rahmens und unterziehen die gewählten theoretischen Ansätze einer systematischen empirischen Überprüfung. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass der Band über ein Gesamtliteraturverzeichnis und ein Sachregister verfügt. Auf Grund der geringen Anzahl an Fallstudien muss jedoch offen bleiben, inwieweit

die einzelnen empirischen Studien miteinander vergleichbar sind und in welchem Umfang allgemeine Schlüsse aus den Ergebnissen gezogen werden können.

Peter Slominski (Wien)

E-mail: Peter.Slominski@oewaw.ac.at

Nikolai Genov/Reinhard Kreckel (Hg.)

SOZIOLOGISCHE ZEITGESCHICHTE. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag. Berlin 2007, edition sigma, 334 S., 22,90 EUR.

Helmut Steiner stammt aus der Gründungsgeneration der DDR-Soziologie. Als solcher ist er auf eine Spezialdisziplin allein nicht festzulegen, er hatte Projekte als Sozialstrukturforscher, war Jugendsoziologe, begründete eine Wissenschaftssoziologie, hat die Geschichtsschreibung der eigenen Disziplin aus der Taufe gehoben. Nach 1989 hat er eine ostdeutsche sozialwissenschaftliche Zeitschrift (*Utopie kreativ*) herausgegeben. Darüber hinaus ist er einer der bekannten deutschen Osteuropasozioologen. Auf allen diesen Gebieten hat Steiner auch mit institutionellen Initiativen und Pioniergeist den Weg für andere geebnet. Nach 1991 wirkte er, nicht wegen seines Lebensalters, außerhalb der akademisch etablierten Institutionen. Ihm wurde nach der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften eine dauerhafte Anstellung in einer nach der deutschen Einheit 1990 neugeschaffenen sozialwissenschaftlichen Institutionen verwehrt. Allerdings zeugt die Publikation dieses Bandes in dem Hausverlag des WZB davon, dass er Brücken zwischen dem „zweiten“ und dem „ersten“ Wissenschaftsdiskurs zu schlagen versteht.

Protokollbände zu Ehrenkolloquien haben ihre Tücken. Man kann schlecht aussortieren, was man vorher bestellt hat oder mit viel gutem Willen geschrieben ist, auch wenn es schließlich doch nicht überzeugt. Auch dieser Band ist ein wenig disparat. Er besteht aus vier Teilen: auf die informative Laudatio von Hansgünter Meyer folgt ein Abschnitt zur sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR, danach werden Studien zur Ideengeschichte präsentiert, schließlich folgt unter der nichtssagenden Überschrift „Soziale Strukturen und Prozesse“ eine vierte Sammlung von Aufsätzen zur Osteuropasozioologie.

Im Laudatio und zweitem Teil wird eine umfassende und authentische Rekapitulation des Schaffens der Gründergeneration der DDR-Soziologie versucht, ihre wissenschaftlichen Ambitionen werden ebenso wie wichtige Erkenntnisse und die geistigen und institutionellen Widersprüche, die ihrem Tatendrang immer wieder mal Grenzen setzten und ihre Brüche in den Biografien erzeugten. Steiners Leben kann in diesem Sinne als exemplarisch gelten. Dem Rezensenten war es interessant neben dem Einführungsbeitrag vor allem die Ausführungen von Hubert Laitko zur Gründung des DDR-Akademieinstituts zur Wissenschaftstheorie und -organisation zu lesen. Zeitgeschichtlich verweist diese Gründung auf die Aufbruchs-

stimmung der 60er Jahre in den staatssozialistischen Gesellschaften, in denen die wissenschaftlich-technische Revolution „gemeistert“ und neue Wege beschritten werden sollten.

Beim dritten Teil sollte man zunächst die Parade der bekannten Autorennamen genießen: Herrmann Klenner, der Rechtsphilosoph, Wolfgang Küttler, ein Historiker europäischer Revolutionen der Neuzeit, Jörg Rösler, ein führender ostdeutscher Wirtschaftshistoriker, alle drei in den letzten zwei Jahrzehnten unter schwierigen sozialen Bedingungen ebenso produktiv, kommunikationsfähig wie streitbar geblieben. Es sind sehr unterschiedliche Themen im Einzelnen, wobei aber ein übergreifendes Thema heraus sticht: die Debatte über die öffentliche oder auch politische Funktion von Sozialwissenschaft, ihre Verantwortung für gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Es könnte inzwischen wieder interessant geworden sein, was solche produktiven marxistischen Theoretiker aus der Niederlage ihrer Kultur- und Lebensform gelernt haben (vgl. v.a. Küttlers Beitrag zu Max Weber).

Generell vermittelt der vorgelegte Band wichtige Einsichten in den Stand der sozialwissenschaftlichen Osteuropaforschung. Zunächst geht es um den Beitrag des gewürdigten Jubilars: Hierzu ist Wichtiges schon im Einführungsbeitrag zu lesen. Meyer spricht von einer „deutsch-russischen Identität“ Steiners. Im Abschnitt zur Theoriegeschichte findet sich ein Beitrag über Osteuropa, von David Lane (Cambridge): „Civil Society and the Transition from State Socialism“ (S. 189 ff.). Lane lehnt die These einer *Tabula-Rasa*-Situation im Systemwechsel (1989/91) ab: Es habe überall eine spezifische Zivilgesellschaft gegeben, die mit der vom Westen her importierten Zivilgesellschaft konkurriert habe. „Rather than a civil society in a Western sense, we might conceive of groups in the former state socialist societies as ‚sub-cultures‘, which had limited ‚inputs‘ to the political system. ... What is of importance for the formation of civil society in the post-communist period was that pluralism of institutions, associations and formal and informal networks were inherited from the socialist period.“ (S. 198f.)

Im vierten Teil des Bandes finden sich weitere Beiträge, in denen Thesen einer modernen Osteuropaforschung, häufig in Auseinandersetzung mit den Positionen des Mainstreams, begründet werden. Pál Tamás (Budapest), im Westen eher für seine Umfrageforschung bekannt, klagt in einem Essay über die Vergesslichkeit der Intellektuellen der Region. Vor allem habe man vergessen sich den eigentlich interessanten Fragen nach den Ursachen des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa (S. 289f.) oder danach zu stellen, warum es in Moskau kein Come-back der Kommunisten in Gestalt siegreicher sozialdemokratischer Parteien gegeben hat (S. 290f.). Ohne hier im Einzelnen auf den Essay und die darin enthaltenden Provokationen eingehen zu können, soll nur erwähnt werden, dass Tamás nicht wie üblicherweise auf Mängel der politischen Kultur („*homo sovieticus*“)